

Fraktion im Bezirksausschuss Untergiesing-Harlaching

Antrag

1. Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, die Zeitdauer des Erhalts der Heimag-Siedlung zu konkretisieren
2. Die Konkretisierung muss einen Zeitraum erfassen, der es den derzeitigen Bewohnern, die sich entweder bereits in Rente oder unmittelbar vor der Rente befinden, ermöglicht, lebenslang in ihren Wohnungen verbleiben zu können, also mindestens ein Zeitraum von 30 Jahren.
3. Die Landeshauptstadt München fordert die Heimag auf, unmissverständlich zu erklären, ob und wenn ja welche Untersuchungen im Hinblick auf die Bewertung einer Restnutzungsdauer stattgefunden haben, welchen Inhalt diese haben und zu welchem Ergebnis sie kommen. Ferner fordert die Landeshauptstadt München die Heimag auf, zu erklären, ob die Untersuchungen der Firma Calcon zur Beurteilung der Restnutzungsdauer herangezogen werden.

Begründung:

Der Stadtrat hat zwar beschlossen, dass die Siedlung langfristig zu erhalten sei. Eine konkrete zeitliche Vorgabe bzw. ein konkretes Datum hat er leider damit nicht verbunden. Dies führt zu dem misslichen Umstand, dass nunmehr seitens der Eigentümerin, der Heimag, geltend gemacht wird, die Nutzungsdauer der Siedlung könne voraussichtlich nur bis zum Jahre 2025 reichen. Davon ausgehend, dass der Stadtrat eine solche Entscheidung nicht hat treffen wollen, bedarf es nunmehr einer konkreten zeitlichen Vorgabe, die einen Interpretationsspielraum seitens der Verwaltung, hier konkret der Heimag ausschließt. Ergänzend und vorsorglich ist anzufügen, dass es begründetes Interesse der bisherigen, meist schon jahrzehntelangen Mieter ist, in ihren Wohnungen lebenslang verbleiben zu können. Oftmals wurden die Wohnungen mit eigenen Mitteln sehr aufwändig saniert. Bei einer von der Heimag als Ersatzlösung bereits angebotenen Umsetzung, d.h. dem darunter von der Heimag verstandenen Bezug einer anderen Wohnung in einem anderen Gebäude in einem anderen Stadtviertel würden alle Einbauten und Renovierungen wertlos werden. Dies unabhängig von der Tatsache, dass sämtliche sozialen Bindungen der Bewohner verloren gehen. Darüber hinausgehend ist es für die Bewohner nicht mehr zumutbar, stets aus der Presse mit angeblich neuen, tatsächlich offensichtlich nicht durchgeführten Untersuchungen konfrontiert zu werden, die wie ein Damoklesschwert über den Fortbestand der Siedlung und damit dem Schicksal jedes einzelnen Bewohners hängen. Auch solchermaßen kann durch Zermürbungstaktik das Ziel einer Entmietung der Siedlung erreicht werden. Es obliegt der Politik, hier konkret dem neu gewählten Oberbürgermeister und dem neu gewählten Stadtrat, diesem unsäglichen Verhalten der Heimag ein für alle Mal Einhalt zu gebieten.

CSU Fraktion im BA 18
Untergiesing-Harlaching

Mitglieder:
Andreas Babor
Dr. Hildegard Baumgärtner
Clemens Baumgärtner
Dr. Elmar Beutner
Ferdinand Brinkmöller
Konrad Engl
Peter Ödinger
Monika Scholz

Sprecher:
Andreas Babor

BA-Vorsitzender:
Clemens Baumgärtner

Zudem hält der Bezirksausschuss fest, dass die vom Planungsreferat für die Heimag gegebene Antwort auf die Anfrage des Bezirksausschuss – wie ganz offensichtlich beabsichtigt – völlig an der Sache und insbesondere den gestellten Fragen vorbeigeht. Eine derartige Missachtung missbilligt das Gremium.

Die möglicherweise dahinter stehende Intention, das Gremium von zukünftigen Anfragen abzuhalten wird damit sicherlich nicht erreicht werden, vielmehr das genaue Gegenteil.

Faktisch ist festzuhalten, dass im Hinblick auf den Erhalt der Siedlung einen Rückschritt in den Zustand von Mitte des Jahres 2012 erreicht ist. Zunächst wird im Rahmen einer umfangreichen Präsentation in den Räumen der Gewofag eine Untersuchung der Firma Calcon als lediglich dem Bestandserhalt dienende Begehung dargestellt. Auf Nachfrage, ob damit auch eine Untersuchung der Restnutzungsdauer verbunden sei, wird dies verneint. Nunmehr ist in dem von Herrn Scheifele gegenüber der Presse abgegebenen Stellungnahmen die Erklärung plötzlich enthalten, dass diese Untersuchung der Firma Calcon doch die Restnutzungsdauer zum Gegenstand hat. Zudem wird mit einem allgemeinen, nicht näher begründeten – und auch nicht näher begründbaren – Erfahrungssatz gearbeitet, wonach die Immobilie nach einer Nutzungsdauer von 60-70 Jahren am Ende ihrer Lebensdauer sei. Würde man dieser Beurteilung folgen, so müssten alle Altbauten aus der Jahrhundertwende längstens abgerissen sein. Bei sorgfältiger Lektüre erschließt sich dem kundigen Leser nicht, dass es bislang keinerlei fundierte, geschweige denn auf die konkrete Bausubstanz abstellende Untersuchung gibt. Die Behauptungen gipfeln in der ebenso unbegründeten Vermutung, die zwar bei sorgfältiger Lektüre als Allgemeinplatz entlarvt wird, gleichwohl auf die konkrete Siedlung bezogen ist, wonach die Decke einstürzen könnte. Woher nimmt die Heimag diese Behauptung? Vor diesem Hintergrund ist nur die Schlussfolgerung zu ziehen, dass mit der Behauptung von derartigen Untersuchungen die Mieterschaft ganz bewusst verunsichert werden soll. Der Stadtrat und der neu gewählte Oberbürgermeister werden aufgefordert, diesem Treiben endlich ein Ende zu setzen. Offensichtlich ist die Heimag ohne klarstellenden Beschluss nicht gewillt, den deutlichen Vorgaben des Stadtrats Folge zu leisten.

Als städtische Wohnungsbaugesellschaft ist die Heimag ebenso wie die Gewofag in einer sozialen Verantwortung. Was sie den betroffenen Mietern seit fast 2 Jahren zumutet, widerspricht dieser Pflicht in jeglicher Form.

Der neue Oberbürgermeister sei an seine Stellungnahme im Rahmen der Podiumsdiskussion vom Juli 2013 erinnert. Dort äußerte Herr Reiter:

„Da gibt es nichts zum Abreißen. Wenn hier was zu tun ist, dann gilt auf jeden Fall die Prämisse, dass Sanierung vor Abriss kommen muss. Abreißen, das halte ich für total wahnsinnig. Soweit ist es immer gut, wenn man sich vor Ort ein Bild macht und sich die Sachen direkt anschaut.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

CSU-Fraktion
Andreas Babor

BA-Vorsitzender
Clemens Baumgärtner